

## Boycott ist keine Lösung – Nein zu BDS!

Die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) zielt auf einen Boycott des jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer\*innen, Wissenschaftler\*innen und Künstler\*innen ab. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen Vorfällen und antisemitischen Attacken gegen den Staat Israel als ganzes. In jüngster Zeit kam es auch in Niedersachsen zu Veranstaltungen der BDS-Kampagne.

Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle antisemitischen Bestrebungen der BDS-Kampagne und führt in Zukunft Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine gesellschaftliche oder politische Ächtung des Staates Israel zu verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen lehnt einen Boycott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

Wir wollen mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich friedlich für eine Zwei-Staaten-Regelung und ein Ende der Besatzung einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der Sicherheit Israels darf es keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen stehen ohne wenn und aber zum Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil einer Zwei-Staaten-Lösung und damit einer friedlichen gleichberechtigten Lösung des Nahostkonfliktes.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen lehnt mit allen Gliederungen eine Zusammenarbeit mit der BDS-Kampagne ab. Wir erwarten von politisch tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen Regierung berechtigte Kritik üben. In Deutschland generell israelische Waren und Wissenschaftler\*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen Verantwortung in keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner\*innen, die gemeinsam mit uns für eine emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten.